

## Neutralität? — Aktivität!

W.B. Der Bundeskanzler und der Führer der Opposition haben gestern ihre politischen Gespräche wiederaufgenommen. Es ist die Aufgabe solcher Gespräche, die Voraussetzungen für gemeinsame Schritte in außenpolitischen und gesamtdeutschen Fragen zu klären. Adenauer hatte diesmal der Forderung Schumachers zugestimmt, daß die deutsche Politik gegenüber der Sowjetzone — d. h. der Kampf um die Wiedervereinigung auf demokratischer Grundlage — aktiviert werden müsse.

In Bonn hat man sich bisher viel Zeit gelassen. Die Antwort auf den sogenannten Grotewohl-Brief nahm sieben Wochen in Anspruch. Dabei hätten sieben Stunden reichen müssen. Jetzt wird seit ein paar Wochen schon wieder über den sogenannten Volkskammer-Vorschlag geredet. Die beiden zuständigen Ausschüsse des Bundestages sollen sich mit dem Wortlaut einer Gegenäußerung befassen. Eine Gegenäußerung erhält aber erst Gewicht, wenn sie über den Kopf sowjetzonaler Gernegroßen hinweg die zentralen deutschen Forderungen an die vier Mächte enthält.

Es wäre gut, wenn der Vorschlag aufgegriffen würde, den Bundestag in Berlin tagen und hier über die Vorschläge zur deutschen Einheit Beschluß fassen zu lassen. Von sozialdemokratischer Seite ist mehr als einmal gefordert worden, daß der Bundestag und der Bundesrat, aber auch die Bundesregierung von Fall zu Fall in Berlin zusammentreten sollten, solange die provisorische Hauptstadt noch am Rhein liegt.

Verhängnisvoll wäre es jedoch, wenn der Vorschlag einer Berliner Bundestagssitzung auch nur irgendwie mit der naiven Vorstellung gekoppelt würde, man könnte Deutschland zu einem neutralen Naturschutzgebiet zwischen Ost und West machen. Im Gegensatz zu Schweden und der Schweiz und jetzt auch Jugoslawien (deren geographische Lage und industrielles Potential sich aber von den deutschen Gegebenheiten deutlich abhebt) würde Deutschland nicht über eine eigene Streitmacht verfügen, die die Neutralität zu schützen imstande wäre. Die vier Mächte

mögen sich noch so uneinig sein, über das nicht Wünschenswerte eines ins Gewicht fallenden deutschen Militärfaktors stimmen sie weiterhin überein.

Man mag meinen, die Neutralisierung des deutschen Gebiets könnte durch gegenseitige Garantien der Sowjetunion und der Westmächte garantiert werden. Aber es müßte sich eigentlich schon herumgesprochen haben, wieviel Garantien des Ostens wert sind. An sie kann nur der glauben, der in geistig-politischen und moralisch-politischen Angelegenheiten neutral geblieben ist. Wer aber seine Wahl zwischen der Freiheit und der Knechtschaft getroffen hat, muß daraus die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen.

Außerdem gibt es keinen vernünftigen Grund, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands mit der einer Neutralisierung (bzw. des unmittelbaren Rückzugs der Besatzungstruppen) zu verknüpfen. Der einzig reale Weg zur deutschen Einheit führt nämlich über freie Wahlen in allen Zonen. Solchen Wahlen steht die noch andauernde militärische Besetzung — wie das Berliner Beispiel vom Oktober 1946 zeigt — keineswegs entgegen. Im Gegenteil, die Wahlen müßten unter einer Viermächtekontrolle durchgeführt werden.

Die Vorbesprechungen zur Viermächtekonferenz werden Gelegenheit bieten, der Sowjetunion sehr präzise Fragen zu unterbreiten. Die Westmächte haben sich in ihren jetzt unterbreiteten Noten bereits klar gegen die propagandistischen Einstellungen des Kreml gewandt. Sie haben durchgesetzt, daß außer über Deutschland auch über Österreich und über die wirklichen Ursachen der internationalen Spannung gesprochen werden soll. Niemand weiß noch, wann den Vorbesprechungen in Paris eine Hauptkonferenz der Außenminister folgen wird. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, was das deutsche Interesse gebietet. Wir dürfen uns nicht dem Verdacht aussetzen, eine Politik des Schaukelperdes betreiben zu wollen. Die eigene deutsche Aktivität muß beweisen, daß wir die Seite der Freiheit gewählt haben und diese Wahl nicht rückgängig zu machen gedenken.